



**über die gemeinsame Sitzung
des Schul- und Sportausschusses
und des Jugendhilfeausschusses**
am Donnerstag, dem 18. März 2004
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 16:35 Uhr
Ende: 17:05 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Frau Dyduch
Herr Henning
Frau Jung
Herr Lipinski
Frau Lungenhausen
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Herr Hitz
Frau Jacobsmeier
Herr Kissing
Herr Klein
Herr Plümpe
Frau Scharrenbach
Herr Weber

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Bucek

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Bartosch
Frau Bungter-Striepens
Frau Gube
Herr Kohl
Herr Müller
Herr Schulze-Braucks

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Brettschneider
Frau Heidenblut
Herr Hoffmann

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Goehrke

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen FDP

Herr Mallitzky

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen

Frau Hartmann

Herr Kaczmarek

Frau Lübke

Herr Maidorn

Herr Theis

Herr Töpfer

Beratende Mitglieder

Herr Böcker

Herr Büchel

Herr Goecke

Herr Kampmann

Herr May

Sachverständige

Herr Forthaus

Verwaltung

Frau Böckmann

Herr Brüggemann

Herr Höper

Frau Meißner

entschuldigt fehlten

Herr Bremmer

Herr Brinkmann

Herr Brumberg

Frau Diester

Herr Hasler

Herr Hinterseer

Herr Krampe

Frau Dr. Krumme

Herr Menne

Herr Milewski

Frau Oxe

Frau Ruf

Frau Slomiany

Herr Suk

Herr Treese

Herr Voß

Herr Wecker

Herr Weigel

Herr **Lipinski** begrüßte die anwesenden Mitglieder, die zahlreichen Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Offene Ganztagschule im Primarbereich 1. Einrichtung 2. Festlegung der Elternbeiträge 3. Bauliche Maßnahmen	22/2004

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

22/2004

Offene Ganztagschule im Primarbereich

1. Einrichtung
2. Festlegung der Elternbeiträge
3. Bauliche Maßnahmen

Herr **Brüggemann** verwies auf die von der Verwaltung vorgelegte Beschlussvorlage und die bereits in den verschiedenen parlamentarischen Gremien erfolgte Diskussion.

Frau **Dyduch** erklärte, dass mit der Beschlussvorlage die bisherige Vorarbeit dokumentiert werde. Die Einrichtung der offenen Ganztagschule an 6 Standorten zeige das Interesse und den Bedarf für die Ganztagsbetreuung, durch die auch ein Angebot geschaffen werde, Familie und Beruf zusammenzuführen. Sie zeigte sich erfreut darüber, dass eine soziale Staffelung der Elternbeiträge vorgesehen sei und auch die Inanspruchnahme von Einrichtungen der Jugendhilfe Berücksichtigung gefunden habe. Betreuung müsse bezahlbar bleiben. Sie gehe davon aus, dass die Verwaltung den Schul- und Sportausschuss über die weitere Entwicklung der offenen Ganztagschule unterrichten werde.

Frau **Scharrenbach** wies darauf hin, dass auch nach Einbringung der Beschlussvorlage weiterhin Fragen offen seien hinsichtlich des Höchstpreises des Mittagessens, einer Einbindung der Musikschule und eines Betreuungsangebotes während der Sommerferien 2004 aufgrund der Schließung des Hortes der AWO in Methler.

Die Schulen würden, so Herr **Brüggemann**, mit der Entscheidung über den Träger und des pädagogischen Konzeptes auch die Form und den Umfang des Mittagessens festlegen. Die Preisgestaltung sei auch abhängig von ernährungsphysiologischen Gesichtspunkten. Die Verwaltung erwarte, dass sich die Essenspreise im Bereich um 2,50 € und damit im Rahmen der häuslichen Ersparnis bewegen werden. Hinsichtlich einer Einbindung der Musikschule habe die Verwaltung mit den möglichen Trägern abgestimmt, dass kommunale Strukturen in das Betreuungsangebot mit eingebunden werden. Bei der Personalauswahl werde eine Mitbestimmung der Schulen möglich sein. Hinsichtlich der Einstellung des Hortes in Methler zum 01.07.2004 sei vereinbart, dass die Zeit der Sommerferien 2004 über die Kindergartenversorgung abgedeckt werde.

Herr **Goehrke** begrüßte die Realisierung der offenen Ganztagschule, wies jedoch auf grundsätzliche Fragen hin. Eine Ganztagsbetreuung sei richtig, müsse jedoch alle Kinder erfassen, die Betreuung nötig hätten. Das Projekt der Ganztagsbetreuung sei vor dem Hintergrund der PISA- und IGLU-Studien entwickelt worden. Es zeige sich, dass seitens der Landespolitik Nachbesserungen insbesondere vor dem Hintergrund der finanziellen Belastung der Eltern und der Städte erforderlich seien. Die inhaltliche Seite der offenen Ganztagschule müsse weiterhin diskutiert werden.

Er bat die Verwaltung um Mitteilung, ob die Mitarbeiter der zu schließenden Horte weiterbeschäftigt würden.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass vorbehaltlich einer endgültigen Entscheidung mit den Anstellungskörperschaften abgestimmt wurde, dass bei Schließung der Horte kein Personal freigesetzt wird. Des Weiteren teilte Herr Brüggemann mit, das mit dem vorgelegten Musterstundenplan dargestellt worden sei, welche Angebote möglich seien. Entscheiden würde hierüber endgültig die Schulkonferenz.

Die finanzielle Ausstattung der offenen Ganztagschule durch das Land werde, so Frau **Scharrenbach**, durch die CDU-Fraktion weiterhin kritisch bewertet. Es sei zukünftig ein kommunaler Finanzierungsanteil von rd. 100.000 Euro pro Jahr zu erwarten. Das Land müsse das Betreuungsangebot auf sichere finanzielle Füße stellen. Außerdem sei festzustellen, dass durch die Erlasslage keine einheitlichen Qualitätsstandards vorhanden seien.

Frau **Bucek** sprach sich dafür aus, dass zur Betreuung von Kindern, die einer besonderen Förderung bedürften, jedoch aufgrund der finanziellen Situation das Betreuungsangebot der offenen Ganztagschule nicht teilnehmen könnten, gegebenenfalls weitere finanzielle Mittel bereitgestellt.

Herr **Brüggemann** erläuterte, dass durch die Geschwisterermäßigung und die soziale Staffelung der Elternbeiträge eine Betreuung besonders zu fördernder Kinder, insbesondere auch der Kinder mit Migrationshintergrund, gewährleistet sei. Durch die Schulen würde unterstützt, dass gerade auch diese Kinder das Betreuungsangebot in Anspruch nehmen. Die Verwaltung werde, wie bereits zugesagt, über die weitere Entwicklung der offenen Ganztagschule berichten. Sollte nach ersten Erfahrungen aus den Schulen vorgetragen werden, dass gerade diese Kinder aus Gründen der Elternbeiträge keinen Zugang finden, müsste das weiter diskutiert werden. Der mögliche finanzielle Aufwand sei im Haushalt 2005 durch den Rat zu entscheiden.

Auf Nachfrage von Herrn **Klein**, ob eine Einschränkung der Sportstättennutzung für die Vereine zu erwarten sei, erklärte Herr **Brüggemann**, dass die weitere Entwicklung zunächst abgewartet werden sollte.

Beschlussempfehlung:

1. Der Einrichtung der offenen Ganztagschule an der Diesterwegschule, Friedrich-Ebert-Schule, Glückaufschule, Eichendorffschule, Jahnschule und Brüder-Grimm-Schule zum Schuljahresbeginn 2004/05 wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird, nach den entsprechenden Beschlüssen in den jeweiligen Schulkonferenzen, beauftragt, Verträge mit den Trägern und Kooperationspartnern abzuschließen und die Förderanträge zu stellen.

Die Einrichtung weiterer Gruppen an den o. g. Schulen bzw. die Einrichtung der offenen Ganztagschule an weiteren Schulstandorten im Primarbereich bleibt mit Beginn des jeweils nächsten Schuljahres bei entsprechendem Bedarf optioniert. Das ist jeweils rechtzeitig vor Beantragung der Fördermittel (30.04.) vorzutragen.

2. Die Elternbeiträge werden in Anlehnung an das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) zunächst wie folgt festgesetzt:

<u>Einkommensstufe</u>	<u>Jahreseinkommen</u>	<u>Beitrag</u>
1	bis 12.271 €	0,00 €
2	bis 24.542 €	40,00 €
3	bis 36.813 €	65,00 €
4	bis 49.084 €	75,00 €
5	bis 61.355 €	85,00 €
6	über 61.355 €	100,00 €

Besuchen mehrere Kinder einer Familie oder eines beitragspflichtigen Elternteiles die offene Ganztagschule, beträgt der Beitrag für das erste Kind 100 %, für das zweite 50 % und jedes weitere Kind ist beitragsfrei.

Besucht ein Kind oder besuchen mehrere Kinder einer Familie oder eines beitragspflichtigen Elternteiles eine Einrichtung der Jugendhilfe und die offene Ganztagschule, beträgt der Beitrag für das erste in der offenen Ganztagschule 50 % und jedes weitere Kind ist beitragsfrei.

Für die Mittagsverpflegung wird ein gesonderter, kostendeckender Beitrag erhoben.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden baulichen Voraussetzungen vorzubereiten und zeitnah umzusetzen.

Abstimmungsergebnis Schul- und Sportausschuss:
einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis Jugendhilfeausschuss:
einstimmig angenommen

gez. Lipinski
Vorsitzender des
Schul- und Sportausschusses

gez. Dyduch
Vorsitzende des
Jugendhilfeausschusses

gez. Meißner
Schriftführerin